

ALICE WEIDEL

RELEVANZ: Alice Weidel ist die Co-Vorsitzende der Alternative für Deutschland (AfD), einer rechtsextremen politischen Partei in Deutschland und der ersten nationalistischen Rechtspartei, die seit dem Zweiten Weltkrieg in den deutschen Bundestag eingezogen ist. Unter Weidels Führung wurde die Partei nach den nationalen Wahlen im Februar 2025 zur zweitstärksten Kraft. Weidel hat eine lange Geschichte anti-muslimischer Aussagen und der Unterstützung diskriminierender Politiken gegenüber Muslimen. Sie behauptet, dass der Islam mit dem deutschen Grundgesetz und europäischen Werten unvereinbar sei und ist mit mehreren anti-muslimischen Akteuren verbunden.

- Alice Weidel ist eine deutsche Politikerin mit einem Abschluss in Wirtschaft und Betriebswirtschaftslehre. Sie arbeitete von 2005 bis 2006 für Goldman Sachs Asset Management und war in den späten 2000er Jahren bei der Bank of China tätig. Ihre Promotion absolvierte sie mit finanzieller Unterstützung der Konrad Adenauer-Stiftung, einer politischen Stiftung, die der CDU nahe steht.
- Ein Artikel der Indian Express vom Februar 2025 stellte fest, dass Weidel LGBT+-Rechte als Argument benutzt, um muslimische Einwanderer aus dem Land zu vertreiben, da diese angeblich LGBT+-feindlich seien.
- In einem Interview von 2017 sagte sie: "Es ist unerträglich, dass es No-Go-Areas für Homosexuelle gibt. Es ist inakzeptabel, dass gesetzestreue Bürger in Deutschland aufgrund ihrer sexuellen Orientierung Angst haben müssen", und argumentierte weiter: "Die einzige große Gefahr, die uns wirklich bedroht ... ist die Islamisierung."
- Im Januar 2025 schrieb The Telegraph, dass Weidels eigener Großvater, Hans Weidel, im vergangenen Jahr als hochrangiger NS-Richter entlarvt wurde, der persönlich von Hitler ernannt wurde, um Regimegegner zu verfolgen. Weidel bestreitet jedoch, davon gewusst zu haben.
- Im Mai 2016 sagte Weidel ein Treffen mit Vertretern des Zentralrats der Muslime (ZMD), einer muslimischen Dachorganisation in Deutschland, ab, nachdem eine Einladung von den damaligen Parteivorsitzenden der AfD angenommen worden war. Für Weidel war es inakzeptabel, dass Ayman Mazyek, den sie als „selbsterklärten Vertreter der Muslime“ bezeichnete, die AfD mit der NSDAP verglich hatte.
- Im Oktober 2016 veröffentlichte Weidel eine Pressemitteilung gegen den „Tag der offenen Moschee“ in Berlin. Sie argumentierte, dass daran Moscheen teilnehmen würden, die unter dem Einfluss von Salafisten und der Muslimbruderschaft stehen. Sie sagte: "Es ist schon verwunderlich, dass wir es zulassen, dass vor unseren Augen Extremisten der islamischen Szene ungestört gegen die westliche Gesellschaft und unseren Staat Hetze und Hasspropaganda betreiben können, ohne dass ihnen Einhalt geboten wird. Noch unsäglich ist es aber, dass eben diese radikalislamischen Moscheen im Rahmen eines Tages der offenen Moschee am Tag der deutschen Einheit ganz offen und ungeniert für sich werben dürfen".
- Nach Frauke Petry wurde Alice Weidel 2017 Co-Vorsitzende der Bundestagsfraktion der Alternative für Deutschland (AfD). Seit Juni 2022 ist sie Co-Vorsitzende der AfD.
- Im Mai 2017 sprach sich Weidel für ein Kopftuchverbot aus. In einem Interview mit dem deutschen Tagesspiegel im Mai 2017 sagte sie: „Kopftücher gehören aus dem öffentlichen Raum und von der Straße verbannt. Das sollte auf jeden Fall gesetzlich festgelegt werden. Ich bin für ein völliges Verbot von Niqab und Burka – überall. Das Tragen sollte unter eine empfindliche Geldstrafe gestellt werden. Das meine ich ganz ernst. Männer und Frauen sind im Islam nicht gleichberechtigt und das Kopftuch ist ein absolut sexistisches Symbol dafür. Und ich habe auch keine Lust, ständig darüber zu diskutieren. Denn das Kopftuch gehört nicht zu Deutschland... Der Gesetzgeber muss sich ganz grundsätzlich fragen, was hier eigentlich Leitkultur sein soll. Mit dem Kopftuch wird die Apartheid von Männern und Frauen zur Schau gestellt.“ Sie bekräftigte ihre Aussage in einem Tweet im Mai 2017 auf Twitter.

- Vor der Bundestagswahlkampagne 2017 [berichtete](#) die deutsche Nachrichtenagentur Deutsche Welle, dass „rechtspopulistische Hardliner auf eine Strategie alarmistischer Islamfeindlichkeit umgeschwenkt sind, um mehr Wähler an die Urnen zu locken.“ Der Artikel führte Weidel und ihre Rhetorik als Beispiel an und stellte fest, dass sie über Gewaltkriminalität unter muslimischen Migranten spricht, behauptet, dies habe zu rechtsfreien „No-Go-Areas“ geführt, die eine „Erosion von Recht und Ordnung“ in ganz Deutschland verursachten, und eine Reihe drakonischer Strafmaßnahmen forderte. Diese Ideen wurden auch im Wahlkampf 2024 erneut verbreitet. Im Juli 2024 veröffentlichte InfoMigrants einen Faktencheck, in dem es hieß, Weidels Aussagen [seien](#) „auch im Einklang mit der von der Partei propagierten Verschwörungstheorie, dass weiße Europäer durch Migranten ersetzt würden, insbesondere durch Muslime.“ Diese Verschwörungstheorie ist als der „[Große Austausch](#)“ bekannt und hat in den letzten Jahren an Popularität gewonnen.
- Nachdem sie im Oktober 2017 in den Bundestag gewählt worden war, argumentierte Alice Weidel, dass Muslime nur dann ein grundlegendes Recht auf die Ausübung ihrer Religion haben könnten, wenn sie zuvor die Scharia ablehnten. Das islamische Recht sei „nicht mit dem Grundgesetz vereinbar“, [sagte](#) sie im ZDF und fügte hinzu, dass „islamische Verbände vom Staat dazu verpflichtet werden sollten, zum Beispiel einen Eid auf unser Grundgesetz zu schwören.“ Im November 2017 äußerte sich Weidel zu den Aussagen ihres Parteikollegen über den Islam und sagte: „Ist der Islam eine Religion, die die Trennung von Staat und Religion akzeptiert und mit unserer Verfassung zu vereinbaren ist? Herr Glaser verneint das. Ich verneine das auch.“ In einem [Interview](#) mit Die Welt im November 2017 erklärte sie weiter: „Glaser stellt infrage, dass der Islam bloß eine Religion sei. Der Islam, so urteilt Glaser, ist ein politisches System, das weder mit unserer Verfassung noch mit der europäischen Säkularisierung vereinbar ist. Damit hat Glaser völlig recht. Deshalb müssen wir hinterfragen, was hier mitten in Deutschland unter dem Deckmantel der Religionsfreiheit abläuft. Außerdem hat Glaser immer betont, dass wir für die Religionsfreiheit sind. Jedes Individuum soll diese Freiheit in Deutschland ausleben dürfen.“
- Nach Silvester im Januar 2018 wurden Beatrix von Storch, die damalige stellvertretende Vorsitzende der AfD, und Alice Weidel von den Strafverfolgungsbehörden [untersucht](#), nachdem sie anti-muslimische Botschaften online veröffentlicht hatten. Beatrix von Storch warf der Kölner Polizei vor, „barbarische, gruppenvergewaltigende muslimische Männerhorden“ zu beschwichtigen, nachdem diese eine Neujahrsbotschaft auf Arabisch getwittert hatte. Weidel [schrieb](#) auf Facebook, dass die Behörden sich „importierten, marodierenden, grapschenden, missbrauchenden, messerstechenden Migranten-Mobs“ unterwerfen würden. Ein [Artikel](#) der Times of Israel aus dem Januar 2018 berichtete über den Vorfall und schrieb: „Mitglieder der rechtsextremen Partei verbreiten Propaganda aus der NS-Zeit, wettern gegen ‘gruppenvergewaltigende’ Muslime und ‘marodierende, grapschende Migranten-Mobs’ nach Monaten der Ruhe nach den Wahlen.“
- Nach der Veröffentlichung eines Buches des renommierten Verlags Ravensburger, in dem der Gebetsruf für Muslime dargestellt wird, betrieb Weidel im Februar 2018 auf Twitter Angstmacherei und [fragte](#): „Ist diese interaktive Lektüre für Kinder ab 4 Jahren geeignet? Oder erobert der Islam nun unsere Kinderzimmer?“
- Im März 2018 traf sich [Steve Bannon](#), ehemaliger Chefstrategie während der ersten Amtszeit von US-Präsident Donald Trump, mit Alice Weidel in [Zürich](#), Schweiz. Sie diskutierten politische Strategien und alternative Medienkanäle. Die AfD [lud](#) Bannon zudem im Mai 2019 ein, auf der Veranstaltung „Konferenz für freie Medien“ in Berlin für rechte Journalisten und Blogger zu sprechen.
- Im März 2018 schrieb Weidel auf [Twitter](#): „Nicht wir müssen lernen mit dem Islam umzugehen, nicht wir müssen den Islam auf den Boden des Grundgesetzes hieven, sondern der Islam hat sich uns vollumfänglich anzupassen. Und das ist mit der vollen Härte des Gesetzes durchzusetzen!“
- Am 16. Mai 2018 [sagte](#) Weidel während einer Haushaltsdebatte im Deutschen Bundestag, dass muslimische Einwanderer „nicht unseren Wohlstand sichern“ würden. Sie [bezeichnete](#) Flüchtlinge und Asylsuchende zudem als „alimientierte Messer-Männer“ und „Kopftuchmädchen“, wofür sie vom damaligen Bundestagspräsidenten Wolfgang Schäuble öffentlich gerügt wurde. Auf ihre Worte angesprochen, [rechtfertigte](#) Weidel sich in einem Interview mit der

Schweizer Neuen Zürcher Zeitung: „Polarisierung ist ein Stilmittel, um Debatten anzustoßen,“ und erklärte der Zeitung, dass der Begriff „Kopftuchmädchen“ darauf aufmerksam mache, dass Deutschland ein Problem mit dem konservativen Islam habe, der mit dem Grundgesetz unvereinbar sei. Der CDU-Abgeordnete Markus Grübel machte Weidel für die Folgen ihrer Äußerungen verantwortlich und erklärte sie „bereitete ... den Nährboden für feindselige Handlungen gegenüber Muslimen“.

- Im Dezember 2018 meinte Weidel: „Der Islam ist nicht konform mit dem Grundgesetz - eine Islamsteuer kann es deshalb auch nicht geben“.
- Im April 2019 berichtete die Anadolu-Agentur, dass Weidel „auf Twitter spekuliert habe, dass das Feuer in Notre-Dame ein Angriff auf Christen gewesen sein könnte, obwohl die französischen Behörden Brandstiftung oder einen terrorbezogenen Hintergrund ausschlossen. Weidel behauptete, dass allein im Februar 47 Angriffe in Frankreich verzeichnet wurden, die sich gegen Christen und ihre Kirchen richteten.“
- Im Mai 2019 nannte Weidel die sozialdemokratische Bundesjustizministerin Katarina Barley eine „Lobbyistin für radikale Islamisten“, da sie sich gegen ein Gesetz des Innenministeriums wandte, das die Einbürgerung von Männern, die in Polygamie leben, verbieten sollte. Weidel sagte während einer parlamentarischen Debatte: „Ausgerechnet die Verfassungsministerin rollt Muslimen mit mehreren Ehefrauen den roten Teppich zur Staatsbürgerschaft aus, obwohl Polygamie im Strafgesetzbuch eindeutig verboten ist. Das ist ein handfester Skandal und ein weiterer Beleg, wie weit die SPD auf ihrem Weg in die politische Bedeutungslosigkeit sich von der Lebenswirklichkeit rechtstreuer Bürger bereits entfernt hat. Katarina Barley ist Wiederholungstäterin. Schon gegen den Vorschlag, Islam-Terroristen, die sich dem IS angeschlossen haben, die deutsche Staatsbürgerschaft wieder zu entziehen, hat sie sich mit Händen und Füßen gewehrt. Mit dem Versuch, die oftmals im Verborgenen unter Ausnutzung des deutschen Sozialstaats praktizierte muslimische Vielehe durch die Hintertür zu legalisieren und mit dem Ritterschlag der Einbürgerungswürdigkeit zu versehen, betätigt sie sich de facto als Lobbyistin radikaler Islam-Fundamentalisten. Barley missbraucht ihr Amt, um Kräfte zu unterstützen, die auf die Aushöhlung unserer Rechtsordnung und die Islamisierung unserer Gesellschaft zielen. Damit versagt sie nicht nur als Justizministerin, die in besonderem Maße dem Schutz der Verfassungsordnung verpflichtet ist, sie missachtet auch elementare Frauenrechte und fällt insbesondere jenen muslimischen Frauen in den Rücken, die sich aus der Unterdrückung durch archaische und barbarische islamische Bräuche und Vorschriften befreien wollen. Offensichtlich sucht Frau Barley die künftige Wählerschaft der SPD in den islamischen Parallel- und Gegengesellschaften und nicht mehr in den Reihen gesetzestreuer Arbeiter und Steuerzahler, die ihr bereits in Scharen den Rücken kehren. Wer der SPD bei der Europawahl seine Stimme gibt, muss wissen, dass er als Spitzenkandidatin eine Islam-Lobbyistin ins Europaparlament schickt, mit der die schleichende Islamisierung der Lebensverhältnisse weiter vorangetrieben wird“.
- Nach einem tödlichen Angriff im Dezember 2024, verübt von dem anti-islamischen Online-Aktivisten Taleb Al-Abdulmohsen, der auch Sympathien für die AfD zeigte, äußerte sich die AfD nicht zu seinen pro-AfD-Beiträgen. Stattdessen verurteilte Weidel diejenigen, die „Verachtung für unsere Gesellschaft haben, unsere Werte und Kultur ablehnen, unser Heimatland hassen, das ihnen Schutz bietet“ und behauptete fälschlicherweise, dass der AfD-unterstützende Ex-Muslim der Angreifer ein „islamischer Extremist“ sei. Die Partei hielt auch eine Kundgebung in Magdeburg ab, dem Ort des Angriffs, und nutzte diese für ihre anti-immigrationspolitische Haltung. Weidel sprach auf der Kundgebung ihrer Partei und forderte einen Wandel „damit wir endlich wieder in Sicherheit leben können,“ wobei die Menge mit Rufen wie „Abschieben!“ reagierte. In einem Beitrag auf X (ehemals Twitter) sagte Weidel, dass die Diskussion der Regierung über neue Sicherheitsgesetze nach dem Angriff „nicht davon ablenken darf, dass Magdeburg ohne unkontrollierte Einwanderung nicht möglich gewesen wäre. Der Staat muss seine Bürger durch eine restriktive Migrationspolitik und konsequente Abschiebungen schützen!“
- Im Februar 2025 schrieb Weidel auf X (ehemals Twitter) über pro-palästinensische Proteste im Land. Sie behauptete: „Es ist der importierte muslimische Antisemitismus, der sich hier auf den deutschen Straßen im Feinlauf bahnt. Es ist der Hass gegen das Andersartige“.

- Im Dezember 2024 schrieb Elon Musk vor den bevorstehenden Bundestagswahlen in Deutschland: „Nur die AfD kann Deutschland retten.“ Diese Unterstützung erfolgte im Vorfeld der kommenden deutschen Wahlen und wurde von einem Livestream mit der AfD-Vorsitzenden Alice Weidel auf X begleitet. Dort behauptete sie, dass „Juden in Deutschland muslimischen Verbrechen ausgesetzt sind.“
- Im Jahr 2024 wurde Weidel die erste Kanzlerkandidatin der AfD für die Bundestagswahl 2025. Die AfD verdoppelte ihr bisheriges Ergebnis und belegte mit 20,8 Prozent den zweiten Platz, was 152 Abgeordnete, darunter 90 neue Gesichter, repräsentierte. Sie wurde von verschiedenen Führern rechtsextremer politischer Parteien beglückwünscht, darunter der österreichische Vorsitzende Herbert Kickl, der spanische Vorsitzende von VOX, Santi Abascal, der niederländische Vorsitzende Geert Wilders, der ungarische Ministerpräsident Viktor Orbán und DOGE's Elon Musk.
- Laut Salih Yilmaz, dem ehemaligen Vorsitzenden der nichtstaatlichen europäischen türkischen Organisation Union of International Democrats (UID), „ist die Rhetorik der AfD hauptsächlich Feindseligkeit gegenüber dem muslimischen Segment, den Türken.“

Bridge Initiative Factsheet